

Allgemeine Zeitung

RHEIN MAIN PRESSE

Tagespass Kontakt Anmelden E-Paper

ALLGEMEINE ZEITUNG / POLITIK / RHEINLAND-PFALZ

Rheinland-Pfalz

24.04.2015

Kein Zuhause. Nirgends.

Von Heiko Beckert

FLÜCHTLINGE Initiative "Teachers on the Road" beklagt fehlende Willkommenskultur

MAINZ - Von einer Willkommenskultur für die 20 000 Flüchtlinge, die 2015 in Rheinland-Pfalz erwartet werden, könne keine Rede sein. Zu diesem Ergebnis kommt die Initiative "Netzwerk gelebte Solidarität/Teachers on the Road", die 70 Unterkünfte in Rheinland-Pfalz, Hessen und Baden-Württemberg besucht hat. Dabei seien erschreckend viele Missstände entdeckt worden, berichtete Initiator Uli Tomaschowski während eines Pressegesprächs in Mainz.

"Schlechter als in Hessen"

Die Unterschiede zwischen den Ländern sind laut Tomaschowski enorm: "In Rheinland-Pfalz ist es allgemein schlechter als in Hessen." Das liege vor allem daran, dass hiesige Behörden oft falsche Sozialbescheide ausstellten. Aber auch der Umgang mit den Menschen sei hier je nach Kommune sehr verschieden. Was das im Negativen für die Unterbrachten bedeutet, erzählte Mitstreiter Björn Brisch. Unhaltbare hygienische Bedingungen, keine Privatsphäre, Angriffe von Rechtsradikalen, rechtlich fragwürdige Leistungskürzungen, kaum medizinische Versorgung, fehlende juristische Beratung und überfüllte Heime sind die wichtigsten Kritikpunkte.

Die Flüchtlinge würden so erneut traumatisiert, warnte Brisch. Insbesondere im ländlichen Raum ohne öffentlichen Nahverkehr fühlten sich die Betroffenen verlassen. Deshalb spricht die Gruppe, die für Flüchtlinge Deutschkurse hält, hier von "Isolationsunterkünften". Für Brisch wäre schon viel erreicht, wenn die Regierung die rechtliche Lage vereinheitlichen würde: "Das Land sollte bindende Regeln für alle Kommunen aufstellen." Dass Gemeinden und Städte unter der finanziellen Belastung ächzen, sieht auch Tomaschowski. "Man muss die Kommunen auf jeden Fall entlasten", fordert er und plädiert dafür, Flüchtlinge vor allem in Städten unterzubringen.

Mit den Vorwürfen konfrontiert zeigte sich die Landesregierung zugeknöpft: "Das Integrationsministerium ist sich der Tatsache bewusst, dass die Flüchtlingsunterbringung für

die Kommunen eine große Herausforderung ist. Dennoch geht Integrationsministerin Irene Alt davon aus, dass Kommunen Flüchtlinge in zumutbaren Verhältnissen unterbringen und für eine gute Betreuung sorgen", so Astrid Eriksson, Sprecherin des Integrationsministeriums. Sie betonte die Hilfen des Landes für Kommunen: So sollen für die Verbesserung der Unterbringung und Betreuung zusätzliche 1,2 Millionen Euro zur Verfügung gestellt werden. Liegenschaften des Landes seien für eine Flüchtlingsunterbringung mietfrei zu erhalten. Und ein Darlehensprogramm für zinsfreie Kredite gebe es auch.

Ausgebaut werden die Erstaufnahmeeinrichtungen in Trier und Ingelheim. Derzeit haben dort 2500 Menschen Platz. Ende 2012 waren es nur 700 Plätze. Darüber hinaus sollen zwei weitere Einrichtungen in Hermeskeil und Kusel entstehen. Die bisherige Ingelheimer Außenstelle wird zu einer eigenständigen Erstaufnahmeeinrichtung mit einer Kapazität von 500 Plätzen entwickelt. Integrationsministerin Irene Alt sieht das Land zudem vor der Aufgabe, den nötigen Spracherwerb und die Eingliederung in die Arbeitswelt zu verbessern: "Daher bin ich sehr froh, dass wir das Angebot der Sprachkurse mehr als verdoppeln und die soziale Betreuung sowie die psycho-therapeutische Versorgung traumatisierter Flüchtlinge ausbauen können."

[Noch mehr Nachrichten aus der Region lesen? Testen Sie kostenlos 14 Tage das Komplettpaket Print & Web plus!](#)

Weitere Empfehlungen



NACHRICHTEN MAINZ
Stadt Worms und Frankfurter Hof Mainz wollen enger zusammenarbeiten / Der Rhein als verbindendes



RHEINHESSEN
Polizei: Techno, viele Drogen und eine Verfolgungsjagd durch Bad Kreuznach



BAD SOBERNHEIM
Keine Freiheit ohne Sicherheit



NACHRICHTEN OPPENHEIM
Ausstellung „Etikettenschwindel“ im Deutschen Weinbaumuseum in Oppenheim zeigt